

## **5. Altersdurchmisches Wohnen**

Postulat Theres Agosti Monn (SP, Turbenthal), Jonas Erni (SP, Wädenswil) und Andrew Katumba (SP, Zürich) vom 27. November 2017

KR-Nr. 316/2017

*Das Postulat hat folgenden Wortlaut:*

Der Regierungsrat wird beauftragt in einem Bericht aufzuzeigen, mit welchen Massnahmen sich Wohngebiete und Siedlungen so entwickeln, dass die Durchmischung verschiedener Altersgruppen gestärkt, die Nachbarschaftshilfe zwischen Generationen gefördert und insbesondere der Überalterung von einzelnen Siedlungsteilen Einhalt geboten werden kann. Wie sollen Kanton und Gemeinden auf die sich ändernden Erfordernisse an das Wohnumfeld einer immer älter werdenden Gesellschaft reagieren? Welche Herausforderungen stellen sich für die Entwicklung von Wohnformen im Alter, die durch die Umgebung gestützt sind? Der Bericht soll darstellen, welche Handlungsmöglichkeiten für die Steuerung und Koordination von Entwicklungen auf kantonaler und kommunaler Ebene bestehen. Er soll zudem aufzeigen, wie die Gemeinden das Thema sachgerecht behandeln und den Wissensaustausch verbessern können. Die Massnahmen sollen directionsübergreifend entwickelt und die daraus geschaffenen Instrumente den Gemeinden als Empfehlungen und Handlungsorientierung zur Verfügung gestellt werden.

*Begründung:*

Die demographische Entwicklung in Städten und Gemeinden bringt eine Steigerung von Sozial- und Gesundheitskosten. Insbesondere mit dem Älterwerden der Bevölkerung und der Zunahme von Demenzerkrankungen steigt der Bedarf der Gemeinden an Betreuung und Pflege. Durch nachbarschaftliche Wohnformen mit professionellen Betreuungs- und Pflegeangeboten kann dem zunehmenden Bedürfnis nach lebenslangem autonomen Wohnen entsprochen werden. Die finanzielle Belastung der Gemeinden durch Pflegeaufwand wird reduziert.

Neue Bedürfnisse der immer älter werdenden Gesellschaft verändern die Anforderungen an den Wohnraum und das Wohnumfeld. Neben dem Angebot an Versorgungseinrichtungen sind soziale Netze, die Anbindung an den Öffentlichen Verkehr und kulturelle Einrichtungen wichtige Faktoren für die Wohnqualität. Eine gute Ausstattung des Wohnumfeldes unterstützt ein aktives und selbstbestimmtes Leben auch im Alter.

Altersgerechte Wohnungen an zentraler Lage machen den Umzug älterer Menschen von einer grossen Wohnung in eine kleinere Wohnung attraktiv. Wohnungen für Familien werden frei. Es ergibt sich eine neue Altersverteilung. Gut durchmischte Quartiere sind lebendig und interessant für Dienstleister. Zudem reduziert eine erhöhte Wohnmobilität im Alter den Wohnflächenverbrauch. Viele Eigentümerinnen und Eigentümer bleiben heute aus finanziellen (inkl.

steuerlichen) Gründen in ihrer zu gross gewordenen Wohnung. Vor diesem Hintergrund sollen finanzielle (ebenso steuerliche) Lösungsansätze aufgezeigt werden.

Es besteht somit Handlungsbedarf in der Raum-, Gesundheits-, Sozial- und Finanzpolitik. Verschiedene Modelle in anderen Kantonen und im Ausland geben uns wertvolle Hinweise, wie diesen Herausforderungen mit altersdurchmischten Wohnformen begegnet werden kann.

*Ratspräsident Dieter Kläy:* Der Regierungsrat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Stefan Schmid, Niederglatt, hat an der Sitzung vom 12. Februar 2018 Antrag auf Nicht-Überweisung des Postulats gestellt.

*These Agosti (SP, Turbenthal):* Wir werden immer älter und bleiben länger fit. Das ist erfreulich. Die älter werdende Gesellschaft ist jedoch eine grosse Herausforderung. Beträchtlich sind die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Aufgaben der öffentlichen Hand. Man geht von einem enormen Wachstum der Altersgruppe der 80plus (*über 80jährige*) aus. Die Thematik des Wohnens im Alter wird daher immer wichtiger.

Erfreulicherweise ist der Regierungsrat bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Er wird sich in einer Gesamtschau mit den vielfältigen Anforderungen von altersgerechtem Wohnen befassen. Zudem will er aufzeigen, ob eine Siedlungsentwicklung mit Altersmix von öffentlichem Interesse ist. Wir bitten Sie, das Postulat «Altersdurchmisches Wohnen» zu unterstützen.

Altersdurchmisches Wohnen oder in Generationen durchmisches Wohnen heisst, gemeinsame Wohnstrukturen, lebendige Quartiere und gelebte Nachbarschaften. Es geht darum, wie eine Durchmischung verschiedener Altersgruppen erreicht werden kann, denn eine Durchmischung zeigt, gemäss vorhandener Studien, folgende positive Wirkungen: Erstens, eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur führt zur Reduktion des Pflegeaufwandes für Gemeinden. Zweitens, eine gute Ausstattung des Wohnumfeldes unterstützt ein aktives und selbstbestimmtes Leben auch im Alter. Drittens, altersgerechte Wohnungen fördern die Wohnmobilität und reduzieren den Wohnflächenverbrauch.

Zum ersten Punkt, eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur führt zur Reduktion des Pflegeaufwandes für Gemeinden: Die demographische Entwicklung in Städten und Gemeinden bringt eine Steigerung von Sozial- und Gesundheitskosten. Insbesondere mit der Alterung der Bevölkerung und der Zunahme von Demenzerkrankungen steigt der Bedarf der Gemeinden an Betreuung und Pflege. Durch nachbarschaftliche Wohnformen mit professionellen Betreuungs- und Pflegeangeboten kann dem zunehmenden Bedürfnis nach lebenslangem autonomem Wohnen entsprochen werden. Die finanzielle Belastung der Gemeinden durch Pflegeaufwand wird reduziert.

Zum zweiten Punkt, eine gute Ausstattung des Wohnumfeldes unterstützt ein aktives und selbstbestimmtes Leben auch im Alter: Neue Bedürfnisse der immer älter werdenden Gesellschaft verändern die Anforderungen an den Wohnraum und das Umfeld. Neben dem Angebot an Versorgungseinrichtungen sind soziale

Netze, die Anbindung an den öffentlichen Verkehr und kulturelle Einrichtungen wichtige Faktoren für die Wohnqualität.

Zum dritten Punkt, altersgerechte Wohnungen fördern die Wohnmobilität und reduzieren den Wohnflächenverbrauch: Altersgerechte Wohnungen an zentraler Lage machen den Umzug älterer Menschen von einer grossen Wohnung in eine kleinere Wohnung attraktiv. Wohnungen für Familien werden frei. Es ergibt sich eine neue Altersverteilung. Es müssen Anreize geschaffen werden, von einer grossen in eine kleinere Wohnung zu ziehen. Gemäss Raumplanungsbericht 2017 steigt die Wohnflächenbeanspruchung im Alter. Dieser Trend ist zu stoppen.

Ich komme zum Schluss: Der Kanton ist durch die demografischen Veränderungen in vielen Aufgabenbereichen betroffen. Ein Bericht soll darstellen, welche Handlungsmöglichkeiten für die Steuerung und Koordination von Entwicklungen auf kantonaler und auf kommunaler Ebene bestehen. Es braucht eine directionsübergreifende Standortbestimmung zur Thematik «Wohnen im Alter», denn es besteht Handlungsbedarf in der Raumpolitik, ebenso in der Finanz-, Sozial- und Gesundheitspolitik. Ich bitte Sie aus diesen Gründen, das Postulat zu unterstützen. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt):* Die SVP beantragt Ihnen, dieses Postulat nicht zu überweisen. Die Gründe dazu liegen auf der Hand: Grundsätzlich gehen wir davon aus, dass der Staat von unten nach oben organisiert ist. Dementsprechend machen sich die Gemeinden bereits heute Gedanken, ob es Sinn macht und wie es Sinn machen kann, altersdurchmischtes Wohnen zu fördern und den freien Markt hierbei zu stimulieren.

Wir gehen nicht davon aus, dass es zweckdienlich ist, wenn der Kanton hier einen zentralen Bericht ausarbeitet und irgendwelche Direktiven gibt, weil für dieses Thema der Kanton einfach zu vielseitig ist. Die Anforderungen im Zürcher Oberland sind andere als die Anforderungen im Zürcher Weinland, anders als in der Agglomeration und anders als in der Stadt. Sie haben überall eine verschiedene demographische Zusammensetzung der Gesellschaft, sie haben aber auch bezüglich der Bautätigkeit, der Art und Weise von Wohnmöglichkeiten, welche in den verschiedenen Städten und Dörfern bereitstehen, völlig verschiedene Ausgangslagen. Meine persönliche Feststellung diesbezüglich ist, dass es wohl solche Konzepte gibt; einige Konzepte, die fanden in der Bevölkerung Anklang. Aber mir sind auch diverse Projekte bekannt, bei denen letztendlich der Wohn-Mix nicht dem entsprach, was sich die Investoren am Anfang erhofft haben. Insofern ist es letztendlich unsere Schlussfolgerung und auch unsere Überzeugung, dass man hier den Markt spielen lassen sollte. Die Investoren machen sich sehr wohl Gedanken über die Bedürfnisse der Gesellschaft und antizipieren diese Bedürfnisse auch und wollen letztendlich auch irgendwo ein Renditeobjekt betreiben können. Insofern braucht es diesen zentralen oder diesen übergeordneten Bericht des Kantons nicht. Lassen Sie das Thema bei den Kommunen, lassen Sie das Thema bei den Investoren. Wir sehen hier keinen Handlungsbedarf, die Verwaltung zu bemühen. Besten Dank.

*Linda Camenisch (FDP, Wallisellen):* Wir von der FDP sind gespannt, was der geforderte Bericht zum Thema altersdurchmischtes Wohnen aufzeigen wird, insbesondere auf die directionsübergreifenden Ideen zur Optimierung der Situation freuen wir uns. Es bestehen nämlich gravierende Lücken, wenn eine Gemeinde zum Beispiel Alterswohnungen erstellt oder solche Projekte unterstützend begleitet. Viele innovative Gemeinden werden so neu zuziehende Einwohner erhalten. Wenn diese Personen dann aber mit zunehmendem Alter allenfalls vermehrt Pflegeleistungen benötigen und irgendwann auch Ergänzungsleistungen beantragen müssen, steigt die entsprechende finanzielle Belastung der betroffenen Gemeinde überproportional. Mit dem Soziallastenausgleich allein wird dieser Umstand nicht gemildert. Deshalb interessieren uns mögliche und wirksame Instrumente in diesem Zusammenhang, besonders, weil sie als Empfehlung und Handlungsorientierung den Gemeinden zur Verfügung gestellt werden sollen. Die FDP ist deshalb für Überweisung.

*Jeannette Büsser (Grüne, Zürich):* Das Postulat stellt eine wichtige Frage: Wie und wo wohnen wir? Das hängt wahrscheinlich vor allem von unserem Portemonnaie ab. Das geht auch ein wenig in die Richtung, die Herr Schmid erwähnt hat, und das denken viele. Dass es auch vom Alter und den entsprechenden Bedürfnissen gesteuert wird, merken wir, wenn wir krank, älter oder als Familie kleiner werden.

Auf den Megatrend der «Alterung der Gesellschaft» reagiert die Politik bis heute sehr zaghaft. Die Alterspyramide, einst ein Tannenbaum, wird immer mehr zum Pilz. Am 28. August dieses Jahres schreibt der Tagesanzeiger, dass wir vor der grössten Pensionierungswelle der Geschichte stehen. Wir wissen warum: Die Babyboomer gehen Schritt für Schritt in Pension, und immer häufiger leben auch ihre Eltern noch. Auch bei mir ist es möglich, dass, wenn ich pensioniert werde, mein heute schon pensionierter Vater noch lebt. Zwei Generationen von Alten sitzen sozusagen nun im selben Zug; die Diversität im Alter nimmt zu. Dies ist an sich weder gut noch schlecht. Es sind einfach Anpassungsleistungen erforderlich. Dieser Megatrend wird auch nicht ewig andauern. Trotzdem müssen jetzt diverse Bereiche für wirksame Lösungsansätze zusammenspannen. Da genügen einige Immobilienfirmen nicht, die Geld verdienen möchten.

Die Hochschule Luzern – zusammen mit der Autorin und dem Autor Zimmerli (*Joëlle Zimmerli*) und Schmidiger (*Markus Schmidiger*) – hat sich mit dem Thema «Demografie und Wohnungswirtschaft» befasst. In ihrer Studie sagen sie unter anderem, dass die Anzahl der über 60-Jährigen bis 2028 – das sind nicht einmal mehr zehn Jahre – um 40 Prozent zunehmen wird. Das schweizerische Gesundheitsobservatorium, OBSAN, geht davon aus, dass der Kanton Zürich unterdurchschnittlich von der Alterung betroffen sein werde und prognostiziert, dass bis 2035 unser Kanton der drittjüngste im schweizerischen Vergleich sein wird; nur zwei Westschweizer Kantone werden noch jünger sein. Beide Studien weisen dringend darauf hin, dass interdisziplinäre Strategien, Koordination und damit eben die Politik gefordert ist. Die meisten Menschen wollen bis zum Tod zu Hause wohnen. Dass in den Zürcher Alters- und Pflegeheimen im ganzen Kanton

heute jede dritte Person nicht oder nur leicht pflegebedürftig ist, zeigt, dass es sehr viele Gründe gibt, nicht nur gesundheitliche, warum es mit dem selbständigen Wohnen nicht klappt.

Nichts zu tun, entspricht nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Darum braucht es diesen Bericht. Uns Grünen ist es wichtig, dass das Wohnen CO<sub>2</sub>- und altersneutral, sprich, altersdurchmischt, gestaltet wird. Darum werden wir das Postulat überweisen. Danke.

*Marc Anthony Wisskirchen (EVP, Kloten):* Die Postulanten stipulieren, dass die demographische Entwicklung, die Überalterung also, in Siedlungsgebieten der Städte und Gemeinden zunimmt. Das ist richtig. Die Bevölkerung wird älter, der Pflegebedarf wird steigen, auch der Wunsch nach lebenslanger Selbstständigkeit. Aus Sicht der Gesundheitsökonomie sollen möglichst viele und möglichst lange in ihrem zu Hause verbleiben können und damit lediglich ambulante Betreuung und Pflege in Anspruch nehmen beispielsweise über die Spitex oder andere aufsuchende Angebote. Das Ziel dabei ist klar: Im Gesundheits- und Sozialwesen sollen Kosten gespart werden.

Dabei ist der EVP das Altwerden in Würde besonders wichtig. In der Diskussion soll im Umgang mit Alters-, Gesundheits- sowie Sozialkosten mit Respekt gegenüber den älteren Menschen begegnet werden. Ich möchte damit aussprechen, dass den älteren Personen steigende Gesundheits- und Sozialkosten nicht als Last vorgeworfen und damit ein schlechtes Gewissen eingeredet werden darf. Schliesslich haben die älteren Generationen erst die heute wirksamen und solidarischen Alters- und Gesundheitslösungen für unsere jüngeren Generationen ermöglicht.

Zum Thema «altersdurchmischtetes Wohnen» zeigt zum Beispiel die Aids-Stiftung in Berichten und Publikationen sowie in verschiedenen Förderprojekten Machbares und Innovatives aus. Der aktuellste Report erscheint in einer Woche. Auch Curaviva (*Branchenverband der Institutionen für Menschen mit Unterstützungsbedarf*) äussert sich in einem dezidierten Bericht über Wohnformen im Alter, was in seiner Vielfalt des Zusammenlebens soziokulturell sowie generationenübergreifend und fallweise möglich ist. Dabei gilt es zu beachten – und da stimme ich Stefan Schmid zu –, dass nicht alle Gemeinden und Städte dieselben Voraussetzungen und Bedürfnisse haben und über die nötigen Ressourcen verfügen, mögliche Massnahmenkataloge umzusetzen. Das muss künftig koordiniert über die Gemeinde und Bezirksgrenzen hinaus diskutiert und geplant werden. Deshalb erlaube ich mir einen kleinen Werbespot in diesem Zusammenhang in eigener Sache zu machen. Ich möchte nicht unerwähnt lassen, dass die Gemeinden und Städte des Kantons Zürich am 6. November die Gründungsversammlung zur Gesundheitskonferenz des Kantons Zürich, der GKZH, einer Organisation ähnlich der kantonalen Soko (*Sozialkonferenz des Kantons Zürich*) abhalten werden, und dann im kompetenten Wissensaustausch auf fachlicher und politischer Ebene ihre Erfahrungen und Empfehlungen gerade zu dem Thema «Alter und Gesundheit», aber speziell zum Thema der «Langzeitpflege» austauschen und gemeinsam erarbeiten werden.

Betreffend Wohnformen im Alter zeigen sich neue Trends ab, gerade aus den kommenden Generationen von älter werdenden Menschen, wie wir es grossmehrheitlich hier im Rat sind, wir, die sogenannten Babyboomer der Jahrgänge 1946 bis 1964.

Die EVP unterstützt die Überweisung dieses Postulates aufgrund all dieser Gesichtspunkte, auch aufgrund des Ansatzes, aus verschiedenen Blickwinkeln und über die verschiedenen Direktionen hinaus, nach dem Handlungsbedarf und möglichen Umsetzungen für ein altersdurchmischtes Zusammenleben zu suchen, im Sinne einer aktuellen Auslegeordnung, die bei diesem komplexen Thema sicher richtig und wertvoll sein kann.

*Josef Widler (CVP, Zürich):* Ich war zwölf Jahre Stiftungsrat der Stiftung «Alterswohnen» der Stadt Zürich. Ich habe dort gelernt, dass man heute nicht mehr für die Alten baut. Man baut für die Alten sowie für die Jungen. Das ist das eine. Wir benötigen keine speziellen Wohnungstypen, erheben wir doch heute auch im Wohnungsbau den Anspruch, dass sämtliche Wohnungen, die wir neu bauen, behindertengerecht sind. Damit sind sie auch altersgerecht.

Im Weiteren war ich während zehn Jahren Präsident einer Spitex-Organisation und über dreissig Jahre Hausarzt. Ein altersdurchmischtes Wohnen wird Ihnen, die Probleme, die Sie in der Versorgung der Alten und Kranken haben, nicht lösen. Denn die 50-jährige Nachbarin wird am Tag bei der Arbeit sein und nicht ihre Nachbarin versorgen können. Also, die Idee, dass das so einfach geht, ist blauäugig. Das einzige, das in der Praxis trägt, sind verwandtschaftliche Banden. Wenn also tatsächlich ein Sohn oder eine Tochter das übernimmt, dann ist gemischtes Wohnen möglich – wenn dann auch noch die richtige Wohnung in der Nachbarschaft zu finden ist.

Aber, ein Bericht wird Ihnen die Probleme nicht lösen. Ich glaube, die Gemeinden machen das gut. Ich sehe das in der Stadt Zürich. Die macht es sehr gut. Ein Alterskonzept wird dort entwickelt, und ich glaube nicht, dass die Stadt Zürich darauf gewartet hat, dass wir auch noch ein Papier erstellen.

Die CVP wird das Postulat nicht unterstützen.

*Kaspar Bütikofer (AL, Zürich):* Die Alternative Liste, AL, wird das Postulat der SP überweisen.

Kritisch muss ich aber sagen, dass dieses Postulat ein bisschen ein Sammelsurium von verschiedenen Themen ist. Es ist einmal die Rede von altersdurchmischem Wohnen, dann geht es um Nachbarschaftshilfe und dann noch um Wohnformen. Es erstaunt mich deshalb auch nicht, dass diese Thematik dann bei der Baudirektion landet. Ich kann mir nicht vorstellen, was die Baudirektion mit einem solchen Postulat letztendlich machen will. Wir unterstützen dies aber dennoch, weil wir es sinnvoll finden, dass es für den Kanton Zürich ein Altersleitbild gibt. Da muss ich Stefan Schmid widersprechen: Es ist durchaus eine kantonale Aufgabe; es braucht eine Gesamtschau, wie sich die Alterspolitik in der Zukunft entwickeln soll.

Ich habe ein bisschen den Eindruck, dass die Alterspolitik des Kantons Zürich, wenn er dann überhaupt eine hat, auf dem Stand vom Emilie Lieberherr (*Stadträtin von Zürich 1970 bis 1994, Vorsteherin des Sozialdepartementes*) stehen geblieben ist, wenn es darum geht, alte, gebrechliche Menschen irgendwo zu versorgen in Altersheimen oder wo auch immer. Es hat aber hier ein grosser gesellschaftlicher Wandel stattgefunden. Wir sprechen heute vom «Dritten Alter». Wir haben jugendliche Alte, die sind sehr fit, unternehmungslustig und wollen auch noch etwas machen. Ich denke, hier haben wir das Problem. Wir haben nicht das Problem mit der Altersdurchmischung. In der Schweiz ist diese Durchmischung recht gut. Natürlich gibt es Einfamilienhaus-Siedlungen. Diese sind dann eben weniger altersdurchmischt. Aber sonst, Josef Widler hat es auch gesagt, gibt es eigentlich gute Ansätze, namentlich in der Stadt Zürich.

Das Problem haben wir bei der Integration von älteren Menschen in die Gesellschaft. Es geht darum, wie man älteren Menschen Möglichkeiten bieten kann, damit sie ihr Wissen und Können sinnvoll in die Gesellschaft einbringen können und Akzeptanz und Anerkennung finden.

Ein anders grosses Problem haben wir beim bezahlbaren Wohnraum für ältere Menschen. Hier können wir es nicht einfach den Investoren überlassen, Herr Schmid. Hier haben wir ein echtes Problem. Wir haben ältere Menschen, die sind sehr, sehr lange in ihren Wohnungen; sie profitieren von einer tiefen Bestandesmiete und plötzlich bekommen sie die Kündigung und finden keine Wohnung mehr in ihrem angestammten Umfeld, die sie bezahlen können. Da beginnt das Problem. Diesen älteren Menschen bleibt dann oftmals nichts anders übrig, als ins Altersheim einzutreten, obschon sie gar nicht ins Altersheim gehören. Das Problem ist also, dass wir im Kanton Zürich eine sehr, sehr hohe, überdurchschnittliche Pflegequote haben. Wir haben Menschen in Altersheimen, die gar nicht ins Altersheim gehören. Das wiederum ist nicht nur für das selbstbestimmte Leben dieser älteren Menschen schädlich, es kostet den Kanton oder die Gemeinden zudem auch noch viel Geld.

Kurz: Es gibt Handlungsbedarf. Ich sehe aber diesen Handlungsbedarf eher bei der Gesundheitsdirektion, dass sie ein übergreifendes Altersleitbild oder eine Altersstrategie erstellt im Rahmen dieses Postulates, das dann diskutiert werden kann. Besten Dank.

*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt) spricht zum zweiten Mal:* Besten Dank, Kaspar Büttikofer, jede Gemeinde, die ich kenne, hat sich diesem Thema angenommen. Im Kanton Zürich haben wir grundsätzlich festgelegt, dass die Akutversorgung der Kanton sicherstellt und die Pflegeversorgung die Gemeinden. Diese Aufgaben sind aufgeteilt, und ich bitte Sie jetzt wirklich, überlassen Sie dieses Feld auch den Gemeinden. Die Gemeinden haben ein Eigeninteresse, um akzeptable und vielfältige Lösungen zu suchen. Ich bin auch überzeugt, dass die Zürcher Gemeinden diese Verantwortung tatkräftig wahrnehmen. Besten Dank.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Jetzt hat der Kollege Schmid einiges durcheinandergebracht: Beim altersdurchmischten Wohnen geht es nicht um Pflegeheimplätze.

Führer hat man gesagt, man baut Alterswohnungen. Das ist seit etwa 20 Jahren vorbei. Heute baut man barrierefreie Wohnungen, weil die dann wirklich von allen Generationen genutzt werden können. Das Anliegen ist aber durchaus bedenkenswert, und es stellt sich die Frage, ob es eben gelingen wird, Wohnungen so zu planen, damit sie belebt werden, Mehrfamilienbauten oder Objekte mit mehreren Wohnungen, die eben generationenübergreifend bewohnt und genutzt werden können. Der Nutzen davon ist sicher gut. Aber das hat jetzt gar nichts mit dem Projekt «Hundert-Null» (*Finanzierungsschlüssel zwischen Kanton und Gemeinden bei der Akutversorgung und den Pflegeleistungen*) zu tun, sondern da geht es rein um eine planerische Geschichte. Eine weitere Frage wird sein, wie man so etwas in der Gesetzgebung verankern kann, dass es planerisch Sinn macht, eine Durchmischung hinzubekommen. Deswegen ist dieses Anliegen bei der Baudirektion durchaus am richtigen Ort. Aber mit Pflegeheimplätzen hat es wirklich gar nichts zu tun. Ich wäre als Leiter eines Pflegeheims durchaus offen, eine grössere Altersdurchmischung in einem Pflegeheim zu bekommen. Der Durchschnitt wird irgendwo zwischen 85 und 90 Jahren sein. Aber, wie gesagt, das lösen wir nicht mit diesem Vorstoss hier.

*Regierungsrat Martin Neukom:* Auch der Regierungsrat sammelt mittlerweile Erfahrungen im Bereich Altersdurchmischung (*der Sprechende ist der zweitjüngste Regierungsrat in der Geschichte des Kantons Zürich*). Er ist daher bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Nein, Scherz beiseite.

Das Postulat fordert in einem Bericht Massnahmen, um die Durchmischung von Altersgruppen im Bereich Wohnen zu fördern, und es spricht somit aus meiner Sicht ein sehr, sehr wichtiges und aktuelles Thema an. Wir haben grosse Herausforderungen im Bereich der Demografie, und es sind aus meiner Sicht sehr, sehr wichtige Fragen.

Zu Josef Widler: Ich bin einverstanden mit Ihnen; das wird nicht einfach sein. Aber es ist auch nicht so, dass es uns einfach gelingen wird. Das ist deshalb kein Grund, sich nicht diesem Thema anzunehmen.

Kaspar Büttikofer hat sich Gedanken zur Zuweisung an die Baudirektion gemacht. Ich kann Ihnen versichern, auch wenn dieses Thema mehrere Direktionen betrifft, reden wir miteinander. Da habe ich keine Bedenken.

Da dieses Postulat durchaus relevante Fragen stellt, sind wir gerne bereit, einen entsprechenden Bericht zu erstellen. Deshalb sind wir bereit, dieses Postulat entgegenzunehmen. Danke.

#### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat beschliesst mit 114 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), das Postulat KR-Nr. 316/2017 zu überweisen.** Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung eines Berichts innerhalb von zwei Jahren.

Das Geschäft ist erledigt.